Artikel auf t-online vom 28.05.2026: Meinungskolumne von Christoph Schwennicke: Regieren ohne Rasenmäher
So lassen sich 100 Milliarden im Jahr sparen

Die Reformregierung aus Union und SPD schaut vor allem darauf, wo und wie Löcher gestopft werden können. Oder wie die Lasten neu verteilt werden. Wie aber wäre es mal mit gezieltem Sparen in großem Stil?

Wir haben zu Hause einen kleinen Garten. Die Gießkanne und der Rasenmäher sind mir daher vertraute Hilfsmittel. Vor allem der Rasenmäher. Denn die Arbeitsteilung ist klassisch bei uns: Meine Frau macht die Rabatten, ich mache den Rasen.

In der Politik aber haben Gießkanne und Rasenmäher nichts verloren. Dort sind sie Sinnbild des Versagens. Politikstudierende lernen im ersten Semester: Politik und das Regieren, das ist am Ende die Allokation von Mitteln. Also: Wie gestalte ich, indem ich hier Geld dazugebe und dort wegnehme? Diesem ordnenden Tun sollte sich gutes Regieren verpflichtet sehen. Statt aber genau das zu beherzigen, greift auch diese selbst ernannte Reformregierung lieber zur Gießkanne oder zum Rasenmäher: also statt gestaltend irgendwo auch mal was wegzunehmen, will sie der Einfachheit halber überall um ein Prozent in den Einzelhaushalten und fünf Prozent pauschal bei den Subventionen kürzen. Fraktionschef Jens Spahn hält das zwar auch für ein Armutszeugnis, hat aber dieser Tage schon resignierend in diese ebenso brachiale wie banale Methode eingewilligt. Das ist schlechte Politik und in etwa so, als führe ich mit meinem Rasenmäher über die manuell gepflegten Rabatten meiner Frau.

Der Fachmann, der einmal im Jahr bei uns strategisch eingreift, sagt immer: Ein Gärtner braucht zwei Dinge. Ein hartes Herz und eine scharfe Schere. Dann wird alles gut im nächsten Jahr.

Gehen wir die Dinge also nach des Gärtners Credo an und setzen das Ziel lieber einmal ambitioniert an. Im Folgenden eine grobe Rechnung, wie aus einem Bundesetat von (inklusive Nebenhaushalten) gut 600 Milliarden Euro 100 Milliarden rausgeschnitten werden können. Ohne dass hinterher was fehlt. Und ohne dass man dauernd nur auf die von der SPD sogenannten "starken Schultern" schielt, denen man weitere Steuern und Abgaben als Rucksack draufsatteln möchte.

Wir teilen diese Inventur grob in drei Kategorien: 1. Beenden von Wohltaten aus einer Zeit, in der wir noch aus dem Vollen schöpften. 2. Entkrauten in den nachgeordneten Bundesbehörden, im Folgenden "Blähokratie" genannt. 3. Schluss mit der Gießkanne für NGOs, Stiftungen, Thinktanks und fehlgelenkter Entwicklungshilfe. 4. Subventionen, die versickern, bleiben lassen.

1. Die Wohltaten, die nicht mehr drin sind

In Bayern gibt es ein Fabelwesen, von dem niemand so recht weiß, wo es herkommt und warum es überhaupt da ist. Wolpertinger heißt dieses Wesen mit einem Rehbock-Geweih auf dem Kopf und einem Hasengeläuf. Der Wolpertinger der jüngeren Politik heißt Mütterrente und ist ebenso wie das sinnlose Fabelwesen bayerischer Herkunft. Bis heute konnten weder der Erfinder der Mütterrente, Horst Seehofer, noch der aktuelle Bannerträger der Mütterente Markus Söder, stichhaltig erklären, was sie soll und wieso sie sein muss. Statt die Mütterrente abzuschaffen, wurde sie gerade um eine zweite Ausbaustufe erweitert. Kostenpunkt mithin demnächst im Jahr: 18,5 Milliarden Euro. Vorschlag: Weg damit.

Aus der Zeit gefallen

Eine weitere Wohltat, die wegkann und völlig aus der Zeit gefallen ist: die Elternzeit. Sie stammt aus den fetten Jahren und sollte einmal dafür sorgen, dass mehr Akademiker-Kinder auf die Welt kommen. Eine Kopfgeburt, umgesetzt von Ursula von der Leyen. Sie hat nichts gebracht außer Kosten. Um die fünf Milliarden Euro im Jahr kostet dieser faktische Familienurlaub auf Staatskosten.

Wir wollen es als allein agierender Spar-Amateur für den Bereich bei diesen beiden Posten belassen. Die vielen Beamten im Finanzministerium würden bestimmt noch ein paar andere Nice to haves finden. Und halten fest: Hier sind mit Sicherheit 20 bis 30 Milliarden zu holen.

2. Die "Blähokratie"

Der Staat hat die Eigenschaft, sich ständig weiter aufzublähen. Das ist auch jetzt wieder passiert in der neuen Regierung. Entgegen anderen Vorsätzen, etwa das unsinnige Beauftragtenwesen endlich weitgehend komplett zu streichen. Es müssen einfach zu viele Parteifreunde, Parlamentarier mit solchen Posten glücklich gemacht werden und die jeweiligen Lobbys auch. Dennoch würde sich mit einem Ende des

Beauftragtenwesens ein einstelliger Milliardenbetrag einspielen lassen.
Dazu kommen nachgeordnete Bundesbehörden, die komplett wegkönnen, deren Aufgaben ebenso gut, nein: besser!, im dafür zuständigen Ministerium erledigt werden können. Mein Lieblingsbeispiel ist die Deutsche Energieagentur, kurz Dena. Diese Agentur hat die Regierung Schröder erfunden, irgendwie für die Energiewende. Dort wurde dann als Geschäftsführer ein mehr oder minder verdienter Parteiarbeiter aus der Parteizentrale eingesetzt, Jahresgehalt 200.000 bis 300.000 Euro plus Tantiemen, also mehr, als der Bundeskanzler verdient. In der Dena arbeiten, oder besser: sitzen, 700 Mitarbeiter. Die laufenden Kosten pro Jahr kann man mit etwa 200 Millionen Euro ansetzen und greift damit sicher nicht zu hoch.

Lukratives Geschäftsmodell als Abgeordneter

Ich wage die Behauptung: Es gibt mindestens ein Dutzend solcher Denas, wenn man mit dem engzackigen Vertikutierer mal alles durchgeht: Einsparpotenzial dieses überflüssigen Outsourcings der "Blähokratie": drei bis fünf Milliarden Euro.
Im Zuge der Verwandtenaffäre der AfD wurde einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass man aus einem Mandat als Abgeordneter ein recht lukratives Geschäftsmodell für die ganze Familie aufbauen kann. Meine Kollegin Annika Leister hat selbst gestaunt, als sie im Zuge der Recherchen darauf stieß, was die Abgeordneten neben den auskömmlichen Diäten (die jetzt unter Qualen nicht erhöht werden) noch so an Mitteln zur Verfügung haben. Das sind konkret etwa 5.500 Euro Pauschale monatlich für den Betrieb des Wahlkreisbüros plus grosso modo 27.000 Euro im Monat für Mitarbeiter. Fünf gut ausgebildete Leute lassen sich davon bezahlen. Frage: Täten es vielleicht auch drei? Einer im Wahlkreis, zwei in Berlin? Knapp 100 Millionen Euro ließen sich auf diese Weise einsparen.

3. Die Gießkanne des Guten

Vorweg: Ich schätze sowohl Ahmad Mansour als auch Ralf Fücks. Aber ich verstehe nicht, warum deren Thinktanks "Mind Prevention" (Mansour) und "Zentrum Liberale Moderne" (Fücks) staatlich alimentiert werden. Auf etwa 200 Millionen Euro belaufen sich jährlich allein die Bundesmittel, die für das größte Projekt "Demokratie leben!" ausgegeben werden. Es ist schwer, die exakten Zahlen zu

eruieren, weil die Einrichtungen an verschiedensten Ministerien hängen. Ist die Nabelschnur hier mal gekappt, docken sie gerne an einer anderen Brust wieder an. Ich wollte meinem Chefredakteur auch schon mal vorschlagen, ob wir uns da mit t-online nicht um die eine oder andere Million aus dem Staatssäckel bewerben. Denn wir verstehen dieses kostenlose Reichweitenmedium durchaus auch als demokratiefördernd. Insgesamt und hochgerechnet vom kostspieligsten Projekt "Demokratie leben!" schlummert hier insgesamt jedenfalls auch ein Einsparpotenzial im einstelligen Milliardenbereich.

Demokratie lässt sich nicht zupfen

Damit keine Missverständnisse aufkommen. Die Demokratie ist unser aller kostbarstes Gut. Aber Demokratie muss von unten wachsen und kann nicht staatlicherseits herbeigeführt werden. Ebenso gut kann man am Gras ziehen, damit dessen Halme länger werden. Der Staat und die Regierung sind die Folge der Demokratie, deren erste Diener. Und nicht deren Urheber und Mäzene.

Damit zu den parteinahen Stiftungen. Es sei den Parteien in diesem Land unbenommen, sich jeweils eine Stiftung zu leisten, die im Sinne der jeweiligen Ausrichtung im In- und Ausland politisch tätig ist. Das ist schön und gut. Aber warum muss das eigentlich der Staat bezahlen? Weil es schon immer so war? Weil die Parlamentarier der jeweiligen dahinterstehenden Parteien an der Quelle sitzen im Haushaltsausschuss? Etwa 700 Millionen Euro gehen jedes Jahr aus dem Staatshaushalt an die Stiftungen.

Damit zum erklecklichsten Posten, der Entwicklungshilfe. Im OECD-Fachjargon ODA: Official Development Assistance. 500 Millionen Euro so verklausulierter Hilfe gehen weiterhin nach China, nur als Beispiel. Wenn das dem gut gemeinten Ziel dient, in dieser Diktatur in Fernost zarte Pflänzchen der Demokratie zu setzen, dann könnte man wohl aussichtsreicher in Anlehnung an Franz Josef Strauß Ananas in Alaska züchten, wenn der Klimawandel, den FJS nicht mehr erlebt hat, so weitergeht. Auch hier, im Entwicklungsetat, wäre also ein Durchforsten der etwa 30 Milliarden Euro pro Jahr noch einmal sinnvoll. Das muss nicht das Aus für jene Projekte bedeuten, die Deutschlands strategischem Einfluss in der Welt dienen. Es bliebe mit Sicherheit mehr hängen als der berühmt gewordene Fahrradweg für Peru.

4. Subventionen, die versickern

Der geschätzte Kollege Uwe Vorkötter hat in dieser Woche etwas gemacht, das Mut erfordert. Er hat Wirtschaftsministerin Katherina Reiche in Schutz genommen. Und sich dabei erlaubt, die Sinnhaftigkeit des EEG, des Erneuerbaren Energiegesetzes, infrage zu stellen. Auf etwa 18 Milliarden Euro belaufen sich dessen Kosten jedes Jahr. Mit dem Ergebnis, dass die Wärmepumpenhersteller hierzulande die Förderung einfach draufschlagen auf den Preis. Was dazu führt, dass in Polen eine Wärmepumpe nur halb so viel kostet wie in Deutschland, wie meine ebenso geschätzte Kollegin Amy Walker dieser Tage aufgeschrieben hat.

Und jetzt der dicke Daumen

Jetzt einen Strich darunter. Und über den dicken Daumen betrachtet: Das geht alles zusammen in Richtung 100 Milliarden Euro. Vermutlich haben viele Leserinnen und Leser bei diesem oder jenem Punkt heftigen Widerstand verspürt, vielleicht sogar die Scheibenwischerbewegung gemacht. Das ist alles in Ordnung. Das gehört dazu. Das Ringen um die richtige Verteilung von Geld: Das ist Sinn und Zweck von Politik und Regieren. Alles andere ist nur stupides Rasenmähen. Besser als nichts, meinetwegen. Aber weit weg von einer ordentlichen Gestaltung des politischen Gartens. Auf dass er nächstes Jahr ganz neu aufblühe.